

# RS Vwgh 2019/2/28 Ra 2018/12/0062

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 28.02.2019

## Index

001 Verwaltungsrecht allgemein  
10/05 Bezüge Unvereinbarkeit  
10/07 Verwaltungsgerichtshof  
12/03 Entsendung ins Ausland  
14/01 Verwaltungsorganisation  
43 Wehrrecht  
56/03 ÖBB  
60 Arbeitsrecht  
63 Allgemeines Dienstrecht und Besoldungsrecht  
63/02 Gehaltsgesetz  
64 Besonderes Dienstrecht und Besoldungsrecht  
64/05 Sonstiges besonderes Dienstrecht und Besoldungsrecht  
65 Pensionsrecht für Bundesbedienstete

## Norm

BesoldungsreformG 2015;  
DienstrechtsNov 2015;  
GehG 1956 §169c;  
GehG 1956 §169d Abs6 idF 2018/I/060;  
RStDG §211a Abs1 idF 2015/I/164;  
RStDG §67;  
VwGG §42 Abs2 Z1;  
VwRallg;

## Rechtssatz

Die Richteramtsanwärterin stand zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Besoldungsreform 2015 am 12. Februar 2015 in einem öffentlichrechtlichen Dienstverhältnis zum Bund. Da sie vor ihrer Ernennung zur Richteramtsanwärterin jedoch noch nicht in einem öffentlichrechtlichen Dienstverhältnis stand, hatte sie "noch nie ein Gehalt bezogen, für das ein Vorrückungstichtag maßgebend war", da sie als Richteramtsanwärterin ein Fixgehalt gemäß § 67 RStDG bezogen hat. Es ist daher die in § 211a Abs. 1 erster Satz RStDG verwiesene Bestimmung des § 169d Abs. 6 vorletzter und letzter Satz GehG 1956 maßgebend. Demnach hat eine pauschale Überleitung nach § 169c GehG 1956 zu unterbleiben und eine individuelle Überleitung unter Zugrundelegung von Neurecht zu erfolgen (vgl. VwGH 27.6.2017, Ra 2017/12/0042).

## Schlagworte

Anzuwendendes Recht Maßgebende Rechtslage VwRallg2Besondere Rechtsgebiete

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2019:RA2018120062.L01

## Im RIS seit

03.04.2019

## Zuletzt aktualisiert am

10.04.2019

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)